

**EU-weite Ausschreibung
von Übernahme, Transport und
Entsorgung von Sperrmüll
für den Kreis Heinsberg**

**Leistungsbeschreibung und
besondere vertragliche Bedingungen**

Mai 2026

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkungen	3
2	Leistungsbeschreibung	4
2.1	Allgemeine Regelungen	4
2.1.1	Leistungszeitraum	4
2.1.2	Vorgesehene Satzungsänderungen	4
2.1.3	Grundlagen der Zusammenarbeit	4
2.1.4	Unterbeauftragung	5
2.1.5	Entgeltanpassung	5
2.1.6	Verwiegunen	5
2.2	Übernahme und Entsorgung von Sperrmüll	7
2.2.1	Begriffsbestimmungen	7
2.2.2	Abfallmengen	7
2.2.3	Übernahmestelle	8
2.2.4	Transport und Logistik	9
2.2.5	Entsorgung	10
2.2.6	Dokumentation	11
3	Besondere vertragliche Bedingungen	12
4	Anlagen	31
A	Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg	32
B	Abfallmengen	33
C.1	Erklärung zum Nachweis der Anlagenverfügbarkeit der vorgesehenen Übernahmestelle (Mustertext)	34
C.2	Erklärung zum Nachweis der Anlagenverfügbarkeit der vorgesehenen Behandlungsanlage (Mustertext)	35
C.3	Erklärung zum Nachweis der Verfügbarkeit der gegebenenfalls vorgesehenen MVA/Deponie (Mustertext)	36

1 Vorbemerkungen

Die hier vorliegenden Vergabeunterlagen erläutern die zu vergebende Leistung und sollen den Bieter in die Lage versetzen, sein Angebot so zweifelsfrei wie möglich zu kalkulieren und zu formulieren. Für die Angebotsausarbeitung und Kalkulation der angebotenen Leistung stehen dem Bieter unter anderem die Leistungsbeschreibung (inkl. den besonderen vertraglichen Bedingungen und Anlagen) und – als gesonderte Dokumente – der Angebotsvordruck (inkl. Preisblätter) sowie die Bewerbungs- und Angebotsbedingungen zur Verfügung.

Der Bieter wird gebeten, die Vergabeunterlagen nach erfolgtem Download auf Vollständigkeit zu überprüfen. Sollten die Unterlagen unvollständig oder fehlerhaft sein, ist die ausschreibende Stelle über die elektronische Vergabeplattform (vgl. Dokument „Bewerbungs- und Angebotsbedingungen“) unverzüglich hierüber zu informieren.

Es besteht zudem die Möglichkeit zur Besichtigung der Kleinanlieferplätze des Auftraggebers in Gangelt-Hahnbusch und Wassenberg-Rothenbach nach vorheriger Terminabsprache. Ein Besichtigungstermin kann über die Vergabeplattform bei der Zentralen Vergabestelle angefragt werden.

Weitere Auskünfte werden im Rahmen des Besichtigungstermins nicht erteilt.

2 Leistungsbeschreibung

2.1 Allgemeine Regelungen

2.1.1 Leistungszeitraum

Die zu vergebenden Leistungen sind ab dem 01.01.2027 bis zum 31.12.2029 (drei Jahre) zu erbringen. Sollte der Vertrag nicht bis spätestens zum 31.12.2028 vom Auftraggeber gekündigt werden, so verlängert sich der Vertrag einmalig um ein Jahr bis zum 31.12.2030 (Verlängerungsoption). Notwendige Vorbereitungen zur Leistungserbringung können nach der Zuschlagserteilung beginnen.

2.1.2 Vorgesehene Satzungsänderungen

Bis zum Leistungsbeginn sind keine Änderungen der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg (vgl. Anlage A) geplant, welche die Kalkulation der ausgeschriebenen Leistung beeinflussen. Die gemäß dieser Ausschreibung ermittelte neue Anlieferstelle wird nachfolgend in der Satzung ergänzt.

2.1.3 Grundlagen der Zusammenarbeit

Der Auftrag wird mit der Zuschlagserteilung geschlossen. Die in diesen Vergabeunterlagen formulierten besonderen vertraglichen Bedingungen werden bei Zuschlagserteilung gemeinsam mit den Regelungen der Leistungsbeschreibung wirksam. Vertragspartner ist der Kreis Heinsberg.

Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, die besonderen vertraglichen Bedingungen – soweit vergaberechtlich möglich – den jeweils geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen unter Einbeziehung der gültigen Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg anzupassen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erforderlichen Änderungen auf Grundlage der den besonderen vertraglichen Bedingungen beiliegenden Kalkulation und den Regelungen des Preisrechts durchzuführen. Die Vertragspartner verpflichten sich zur einvernehmlichen Zusammenarbeit.

Alle vom Auftragnehmer genutzten Daten im Rahmen der Leistungserbringung dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden und sind dem Auftraggeber bei Vertragsende ausnahmslos zu übergeben. Der Auftragnehmer unterliegt den datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

2.1.4 Unterbeauftragung

Eine Unterbeauftragung für die zu erbringenden Leistungen ist möglich. Hierbei sind die Regelungen in den besonderen vertraglichen Bedingungen und die Regelungen des TVgG-NRW zu berücksichtigen.

Nachweise von Unterauftragnehmern sind dem Angebot nur dann beizulegen, wenn zum Nachweis der Fachkunde bzw. der Leistungsfähigkeit des Bieters (vgl. auch Punkt 2.2.2 der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen) auf Unterauftragnehmer verwiesen wird. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass verbundene Unternehmen, wie z. B. Schwester- oder Tochterunternehmen des Bieters, auch Unterauftragnehmer sind.

2.1.5 Entgeltanpassung

Nach Ende eines Kalenderjahres, erstmals zum 01.01.2028 und zu jedem 01.01. der Folgejahre, können die im Angebot vereinbarten Entgelte für die Transportleistungen nach Maßgabe der besonderen vertraglichen Bedingungen angepasst werden. Die Entgeltanpassung dient dazu, sicherzustellen, dass das bei Vertragsabschluss vorausgesetzte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung über die gesamte Vertragslaufzeit erhalten bleibt. Grundlage für die Ermittlung des Anpassungssatzes sind die in den besonderen vertraglichen Bedingungen festgelegten Indizes. Das Entgelt für die Containergestellung und die Behandlung/Entsorgung der Abfälle unterliegt keiner indexbasierten Entgeltanpassung.

2.1.6 Verwiegungen

Vom Auftragnehmer sind alle notwendigen Verwiegungen durchzuführen, die eine lückenlose Dokumentation über die übernommenen und verwerteten bzw. beseitigten Abfälle (Stoffstromnachweis) ermöglichen. Diese Nachweise sind Bedingung für die vollständige Zahlung.

Die Eingangsverwiegung an der Übernahmestelle erfolgt durch den Auftragnehmer und bildet dabei die Abrechnungsgrundlage für die Leistungen zu Übernahme/Transport und Behandlung/Entsorgung (kommunale Anlieferungen). Für die an den Kleinanlieferplätzen übernommenen Mengen gilt die Ausgangsverwiegung an den Kleinanlieferplätzen.

Der Auftragnehmer hat für die von ihm genutzten Waagen einen vorschriftsmäßigen Betrieb sicherzustellen (Wartung, Eichung). Auf den Wiegebelegen aller Verwiegungen sind unter anderem folgende Punkte auszuweisen:

- Datum
- Uhrzeit: Ein- bzw. Ausgang
- Abfallart
- Fahrzeugkennzeichen
- Fahrzeuggewicht (Brutto/Tara)
- Herkunft/Abfallerzeuger
- Gewicht (Netto)
- Wiegescheinnummer

Die Verwendung von gespeicherten Leergewichten als auch die Handeingabe auf der Waage ist nicht zulässig.

Die Vorlage der Wiegebelege ist Bedingung für die vollständige Zahlung. Die Wiegebelege/-nachweise können mit der jeweiligen Monatsrechnung als Excel-Datei übersendet werden. Auf Wunsch des Auftraggebers sind die Wiegebelege auch im Original vorzulegen.

2.2 Übernahme und Entsorgung von Sperrmüll

2.2.1 Begriffsbestimmungen

Im Rahmen dieser Ausschreibung wird „Sperrmüll“ mit folgender Bedeutung verwandt:

Sperrmüll

Der Begriff „Sperrmüll“ (ASN 20 03 07) steht für die von den Kommunen des Kreises Heinsberg selbst oder von beauftragten Dritten im Rahmen des jeweiligen Holsystems gesammelten **(Rest-) Sperrmüllmengen**, welche dem Kreis Heinsberg zur weiteren Entsorgung zugeführt werden. Hierbei ist zu beachten, dass in den Kommunen derzeit eine getrennte Erfassung von Altholz im Holsystem erfolgt, so dass nur mit einem deutlich reduzierten Anteil von Altholz/Möbelholz zu rechnen ist. Der an den Kleinanlieferplätzen im Bringsystem angelieferte (Rest-)Sperrmüll entspricht in seiner Zusammensetzung im Wesentlichen dem im Holsystem erfassten (Rest-)Sperrmüll.

Der Kreis Heinsberg garantiert dem Auftragnehmer keine bestimmte Abfallqualität.

2.2.2 Abfallmengen

Die Leistung umfasst die Übernahme und Entsorgung einer (Rest-)Sperrmüllmenge von insgesamt **3.500 Mg – 4.800 Mg pro Jahr**. Diese Mengen sind an einer vom Bieter zu stellenden Übernahmestelle zu übernehmen. Die in den einzelnen Kommunen voraussichtlich anfallenden Sperrmüllmengen sind in Punkt 2.2.4 der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen dargestellt.

An den Kleinanlieferplätzen fallen jährlich ca. 90 Mg – 130 Mg an. Diese Menge wird in vom Auftragnehmer zu stellenden Containern erfasst und ist vom Auftragnehmer direkt zur vorgesehenen Übernahmestelle zu transportieren.

Die ausschreibende Stelle weist darauf hin, dass die monatlich zu übernehmende und zu entsorgende Menge stärkeren Schwankungen unterliegen kann.

Die Abfallmengen der Jahre 2023 – 2025 sind in Anlage B aufgeführt.

2.2.3 Übernahmestelle

Da auf der Umschlagstelle in Gangelt-Hahnbusch derzeit eine getrennte Lagerung und Verladung von (Rest-)Sperrmüll nicht möglich ist, hat der Auftragnehmer eine entsprechende Übernahmestelle im Kreis Heinsberg zu stellen. Hierbei kann es sich um eine Umschlaganlage oder die vorgesehene Behandlungsanlage handeln. An der Übernahmestelle ist der von den Kommunen angelieferte (Rest-)Sperrmüll zu übernehmen. Hierbei ist folgende Öffnungszeit für die Anlieferfahrzeuge sicherzustellen:

Öffnungszeit:

Montag bis Freitag: 07:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Die Übernahmestelle muss zudem insbesondere die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Die Übernahmestelle verfügt über eine geeichte LKW-Waage für die Verwiegung von Fahrzeugen mit einem Gewicht von bis zu 40 Mg.
- Die Übernahmestelle ist so dimensioniert, dass die Sammelfahrzeuge ausreichend Fläche zum Befahren und Rangieren haben.
- Die Anfahrt muss über öffentliche bzw. entsprechend ausgebaute Straßen uneingeschränkt gewährleistet und möglich sein.
- Die Anlage muss bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe für die notwendigen Leistungen genehmigt sein. Die Nutzungsmöglichkeit der Anlage (inkl. Genehmigungssituation) zum Leistungsbeginn und für die gesamte Vertragslaufzeit (inkl. Verlängerungsoption) ist im Angebotsteil II darzulegen.

Der Auftragnehmer hat an der Übernahmestelle zu gewährleisten, dass der Zeitraum zwischen der Einwaage und der Auswaage der Fahrzeuge der kreisangehörigen Städte („Entladungsvorgang“) im Monatsdurchschnitt maximal 20 Minuten beträgt. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer durch Priorisierung der Anlieferfahrzeuge sicherzustellen, dass die Wartezeiten vor der jeweiligen Durchführung der Eingangsverwiegung minimiert wird (max. 15 Minuten). Auf Nachfrage des Auftraggebers ist durch den Auftragnehmer zu belegen, dass der Auftragnehmer geeignete Maßnahmen zur Minimierung der Wartezeit getroffen hat.

Standort der Übernahmestelle

Damit der Transportaufwand für die Sammelfahrzeuge minimiert wird, muss sich die angebotene Übernahmestelle im Kreisgebiet Heinsberg befinden. In diesem Zusammenhang sollen besonders zentral gelegene Standorte durch einen entsprechenden Wertungszuschlag bei der Angebotsbewertung mit einem entsprechenden Wertungsvorteil berücksichtigt werden (vgl. Zuschlagskriterium 2, vgl. Punkt 2.2.4 der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen).

Übernahme von Sperrmüll an den Kleinanlieferplätzen

An den Kleinanlieferplätzen Gangelt-Hahnbusch und Wassenberg-Rothenbach erfasst der Kreis Heinsberg jährlich ca. 90 - 130 Mg (Rest-)Sperrmüll in Containern mit 36 m³.

Anschriften:

Abfallumschlaganlage Gangelt-Hahnbusch
Am Hahnbusch (Mülldeponie Hahnbusch)
52538 Gangelt-Hahnbusch

Kleinanlieferplatz Wassenberg-Rothenbach
Rödger Bahn
41849 Wassenberg

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag: 07:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Samstag: 08:00 Uhr – 13:00 Uhr

Montag und Freitag: 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Samstag: 08:00 Uhr – 13:00 Uhr

Die entsprechenden Container (zwei Container in Gangelt-Hahnbusch und zwei Container in Wassenberg-Rothenbach) sind vom Auftragnehmer zu stellen.

Die Abholung der Container erfolgt im Tausch „Voll gegen Leer“ auf Anforderung des Auftraggebers jeweils am nachfolgenden Werktag (Montag bis Freitag). Hierbei ist von einer Abholung von jeweils einem Container auszugehen, so dass der Transport i. d. R. **nicht** im Containerzug erfolgen kann.

Der Containertausch hat innerhalb der Öffnungszeiten der Anlagen zu erfolgen.

2.2.4 Transport und Logistik

Der Auftragnehmer hat ab Leistungsbeginn alle zwischen der Übernahme des Sperrmülls an der Übernahmestelle bzw. ab Abholung der Container an den Kleinanlieferplätzen notwendigen Transporte durchzuführen.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die technischen Voraussetzungen geschaffen sind, damit der Transport umweltfreundlich, insbesondere geruchs-, lärm- und schmutzarm sowie flüssigkeitsdicht, ausgeführt werden kann. Die vom Auftragnehmer für den Transport einzusetzenden Fahrzeuge müssen ab Leistungsbeginn mindesten die Abgasnorm EURO 6 erfüllen.

2.2.5 Entsorgung

Die vorgesehene Behandlungsanlage (ggf. auch eine zur Nutzung vorgesehene MVA/Deponie) ist vom Bieter im Angebot verbindlich zu benennen und zu beschreiben (vgl. u. a. Pkt. 2.1.3 der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen). Hierbei muss an der Behandlungsanlage eine Trennung in Abfallströme zur stofflichen und energetischen Verwertung erfolgen. Ggf. zur Beseitigung vorgesehene Abfälle sind in einer MVA oder Deponie abschließend zu entsorgen.

Die Nutzung der Anlage/-n muss den Regelungen dieser Ausschreibung entsprechen und rechtlich möglich sein. Soweit (ggf. trotz vorgelegter Nutzungsnachweise) Zweifel an der (rechtmäßigen) Nutzbarkeit von Anlagen bzw. Kontingenten bestehen, hat der Bieter die tatsächliche und rechtliche Nutzbarkeit auf Aufforderung des Auftraggebers ergänzend durch geeignete Unterlagen vor Zuschlagserteilung nachzuweisen. Hierzu gehört u. a. auch der Nachweis, dass die vorgesehenen Anlagen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe für die vorgesehenen Abfallschlüsselnummern genehmigt sind. Gelingt dies dem Bieter nicht innerhalb der gesetzten Frist, erfolgt ein Ausschluss des Angebots von der Wertung. Die mindestens vorzulegenden Unterlagen sind in Punkt 2.1.11 der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen aufgeführt.

Im Rahmen der Auswertung der Angebote wird die erforderliche Transportstrecke in Tonnenkilometern (für die an der Übernahmestelle angelieferten Sperrmüllmengen bis zur vorgesehenen Behandlungsanlage) ermittelt und entsprechend den Regelungen der Bewerbungs- und Angebotsbedingungen als Zuschlagskriterium berücksichtigt.

Anlagenwechsel

Ein Wechsel der Behandlungsanlage, für die der Transportaufwand bei der Angebotsbewertung zu berücksichtigen war, darf nur mit Zustimmung des Auftraggebers erfolgen. Voraussetzung für die Zustimmung des Auftraggebers ist die Gleichwertigkeit der Anlage.

Soweit ein ggf. vorgesehener längerfristiger Wechsel der Anlage zu einem höheren Transportaufwand (Strecke) führt, als nach dem ursprünglichen Angebot vorgesehen waren, hat der Auftragnehmer den Wertungszuschlag von 0,075 EUR pro Tonnenkilometer (in Bezug auf das Zuschlagskriterium 3) für den erhöhten Transportaufwand tatsächlich an den Auftraggeber zu entrichten. Durch die Forderung eines tatsächlichen Zuschlags von 0,075 EUR pro Tonnenkilometer sichert der Auftraggeber das Ziel einer ökologischen Transportentfernung auch bei Veränderungen während der Vertragslaufzeit fortlaufend ab. Das den Ausschreibungsbedingungen zugrunde liegende Spannungsverhältnis von Ökologie und Wirtschaftlichkeit und die Gleichbehandlung aller Bieter bezüglich des Wertungsaufschlags wird so auch während der Vertragslaufzeit gewahrt. Manipulationen durch den Wechsel der Anlagen werden vermieden.

Ausgenommen von der Pflicht den Wertungszuschlag unter den vorgenannten Voraussetzungen tatsächlich zu entrichten, sind zwingende Gründe für einen Wechsel der Anlage aufgrund höherer Gewalt, soweit der Auftragnehmer dies nicht zu vertreten hat. Selbst in Fällen höherer Gewalt kann der Auftragnehmer bei einem Wechsel der Anlage keine höheren Transportentgelte als bei seinem im Angebot vorgelegten Entsorgungskonzept einfordern.

2.2.6 Dokumentation

Der Kreis Heinsberg legt größten Wert auf eine vollständige und zweifelsfreie Dokumentation der vom Auftragnehmer vertraglich zu erbringenden und abzurechnenden Leistungen. Der Auftragnehmer hat deshalb bis zum 10. des Folgemonats eine lückenlose Dokumentation aller Anlieferungen an der Behandlungsanlage des Vormonats in Form von einer elektronischen Zusammenstellung zu übergeben. Auf Wunsch sind die Wiegebelege im Original vorzulegen.

Bis zum 31. Januar jeden Folgejahres hat der Auftragnehmer zudem eine lückenlose digitalisierte Dokumentation über die übernommenen und verwerteten Sperrmüllmengen des Vorjahres in einem vom Auftraggeber vorgegebenen Datei-Format (z. B. Microsoft Excel) zu übergeben. In der Dokumentation sind insbesondere die nachfolgend aufgeführten Unterlagen zu übergeben:

- Die Abfallmengenübersicht getrennt aufgeschlüsselt nach Anlieferstellen.
- Die Nachweise zur Entsorgung des übernommenen Sperrmülls.
- Die Zusammenfassung der Nachweise bezüglich der Verwertungswege von Reststoffen und Produkten.

3 Besondere vertragliche Bedingungen

Vertragsinhalt

- § 1 Rangfolge der Bestimmungen**
- § 2 Vertragsgegenstand**
- § 3 Allgemeine Pflichten des Auftragsnehmers**
- § 4 Allgemeine Pflichten des Auftraggebers**
- § 5 Rechte des Auftraggebers**
- § 6 Behandlungsanlage**
- § 7 Entgelt**
- § 8 Zahlung/Rechnungslegung**
- § 9 Entgeltanpassung**
- § 10 Haftung**
- § 11 Vertragsstrafen**
- § 12 Behinderung und Unterbrechung der Leistung**
- § 13 Beauftragung von Unterauftragnehmern**
- § 14 Überwachung**
- § 15 Vertragsdauer/Leistungsdauer**
- § 16 Änderungskündigung**
- § 17 Außerordentliche Kündigung**
- § 18 Folgen der Vertragsbeendigung**
- § 19 Informationspflicht**
- § 20 Salvatorische Klausel**
- § 21 Schlussbestimmungen**

Anlagen:

- I. Vergabeunterlagen (inkl. Leistungsbeschreibung)**
- II. Kalkulation**

§ 1

Rangfolge der Bestimmungen

Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch diese besonderen vertraglichen Bedingungen (= Vertrag) bestimmt. Für den Vertrag gelten folgende Regelungen mit der Maßgabe, dass bei eventuellen Widersprüchen oder Unklarheiten die in der Aufzählung vorangehende Regelung Vorrang hat:

- Die besonderen vertraglichen Bedingungen (inkl. Anlage I)
- Das vom Auftragnehmer vorgelegte Angebot
- Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen, Teil B (VOL/B) in der aktuellen Fassung

§ 2

Vertragsgegenstand

(1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer gemäß § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) als Dritten ab dem 01.01.2027 mit der Übernahme, dem Transport und der Entsorgung des vom Auftraggeber übergebenen (Rest-)Sperrmülls sowie der Entsorgung der dabei anfallenden Störstoffe sowie den hierbei notwendigen Nebenleistungen.

(2) Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Auftragnehmer pro Kalenderjahr, eine Menge von 3.500 – 4.800 Mg (Rest-)Sperrmüll (ASN 20 03 07) zu übergeben. Eine Übergabeverpflichtung oberhalb der Mindestmenge besteht für den Auftraggeber im jeweiligen Kalenderjahr nicht. Soweit in dem Entsorgungsgebiet des Kreises Heinsberg weniger als 3.500 Mg/a (Rest-)Sperrmüll anfällt, ist der Auftraggeber berechtigt, Abfälle von Dritten mit der entsprechenden Abfallschlüsselnummer unter Anrechnung auf die Mengenregelung dieses Vertrages zu übergeben.

(3) Für die Durchführung dieser Aufgabe sind die Bestimmungen dieses Vertrages (inkl. Anlage I), die damit zusammenhängenden Gesetze und Verordnungen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Nordrhein-Westfalen, die Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg sowie die Abfallsatzungen der kreisangehörigen Städte und Gemein-

den – in der jeweils geltenden Fassung – sowie die dem Vertrag als Anlage beigefügte Leistungsbeschreibung maßgebend. Anders lautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

(4) Die vom Auftragnehmer zu erbringende Leistung unterliegt dem Werkvertragsrecht und ist als solche erfolgsbezogen.

§ 3

Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vom Auftraggeber nach Maßgabe dieses Vertrages übergebenen Abfälle zu übernehmen und zu der gemäß § 6 Abs. 1 benannten Anlage zu transportieren und nachfolgend zu behandeln/sortieren.

(2) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistung in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen sowie die einschlägigen technischen, gesetzlichen und gleichrangigen Vorschriften einzuhalten. Er verpflichtet sich weiterhin, die für seine Tätigkeiten und genutzten Einrichtungen notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden einzuholen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Er hat stets für den einwandfreien und verkehrssicheren Zustand der eingesetzten Fahrzeuge und Geräte, für die Ordnung in der Betriebsführung und die sachgerechte Ausführung der Leistung zu sorgen. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.

(3) Ist/sind die vom Auftragnehmer vorgesehene/-n Anlage/-n für die Übernahme oder Behandlung/Entsorgung der Abfälle vorübergehend nicht nutzbar, entbindet dies den Auftragnehmer nicht von seiner Verpflichtung zur entsprechenden vertragsgemäßen Übernahme und Behandlung/Entsorgung der Abfälle über andere dafür geeignete Anlage/-n. Auch damit verbundene Mehrkosten trägt der Auftragnehmer. Dies betrifft auch Mehrkosten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch verlängerte Anlieferwege zur Übernahmestelle.

(4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, einen sachkundigen Bevollmächtigten und einen Vertreter als Ansprechpartner zu bestimmen. Diese stehen dem Auftraggeber in der mit der Leistungserbringung beauftragten Niederlassung montags bis freitags jeweils von 08:00 Uhr bis 17:00 Uhr als Ansprechpartner mit selbstständiger Entscheidungsgewalt bezüglich aller die Vertragserfüllung betreffenden Fragen zur Verfügung. Er zeichnet verantwortlich für die Abhilfe aller angezeigten Ereignisse im Rahmen der vereinbarten Fristen. Der Ansprechpartner ist dem Auftraggeber spätestens sechs Wochen vor Leistungsbeginn zu benennen. Alle Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein.

(5) Die in § 6 Abs. 1 benannte Behandlungsanlage muss spätestens zum Leistungsbeginn als Entsorgungsfachbetrieb nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung (EfbV), in Bezug auf die vertragsgegenständlichen Leistungen, zertifiziert sein oder über ein gleichwertiges Zertifikat verfügen. Bis zum Ende der Leistungserbringung ist dieses Zertifikat aufrechtzuerhalten.

(6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sich ergebende Änderungen für die nach diesem Vertrag durchzuführenden Aufgaben aufgrund von Änderungen der abfallwirtschaftlichen Konzeption oder der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg, nach Aufforderung durch den Auftraggeber, im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen gemäß diesen Vorgaben unverzüglich umzusetzen. Eine mögliche Anpassung des Entgeltes erfolgt entsprechend den Regelungen des § 9 Abs. 5.

(7) Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Er unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich über alle Ereignisse, die für die Entsorgungssicherheit von Bedeutung sind.

(8) Der Auftragnehmer garantiert dem Auftraggeber die Entsorgungssicherheit entsprechend der angestrebten Zielsetzung des Vertrages, unabhängig von der Qualität des übergebenen Sperrmülls. Der Auftragnehmer stellt zudem die Einhaltung der für die Leistungserbringung erforderlichen Erlaubnisse über die Vertragslaufzeit sicher.

(9) Der Auftragnehmer darf Daten, insbesondere personengebundene Daten und Informationen, die er aufgrund dieses Vertrages erlangt, nicht an Dritte weitergeben. Er darf die Daten und Informationen nur zur Erfüllung der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Pflichten nutzen.

§ 4

Allgemeine Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber verpflichtet sich zur Zahlung der Entgelte gemäß § 7.
- (2) Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig, wenn ihm Umstände bekannt werden, die für die Leistungserbringung von Bedeutung sein können.
- (3) Der Auftraggeber zeigt dem Auftragnehmer jede Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg oder der abfallwirtschaftlichen Konzeption unverzüglich nach ihrem Beschluss an, soweit dies für die Leistungen dieses Vertrages von Bedeutung ist.

§ 5

Rechte des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber sowie dessen Beauftragte haben das Recht, alle mit der Leistungserbringung beauftragten Betriebsstätten und Anlagen des Auftragnehmers – nach vorheriger Ankündigung – während der üblichen Geschäftszeiten zu betreten und alle die Leistungserbringung betreffenden Unterlagen einzusehen sowie auf Einhaltung der Vorgaben gemäß § 2 Abs. 1 bis 4 des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) zu prüfen. Der Auftraggeber hat insbesondere das Recht, Einsicht in alle Aufzeichnungen, die den Betrieb der Anlagen betreffen, (inkl. Mess- und Analyseergebnisse von gesetzlich oder behördlich vorgeschriebenen Untersuchungen) zu nehmen. Im Fall der Nutzung von Anlagen von vom Auftragnehmer beauftragten Dritten, wird der Auftragnehmer für den Auftraggeber rechtzeitig ein entsprechendes Recht vereinbaren. Zusätzlich gewährt der Auftragnehmer dem Auftraggeber Einsicht in alle mit der Leistungserbringung im Zusammenhang stehenden Wiegeprotokolle. Der Auftraggeber hat das Recht, dass Kopien gefertigt werden.
- (2) Erfüllt der Auftragnehmer die aus diesem Vertrag bestehenden Verpflichtungen zur Übernahme und Entsorgung des Sperrmülls schuldhaft nicht, ist der Auftraggeber, nach erfolgloser einmaliger schriftlicher Abmahnung und Einhaltung einer angemessenen Frist, zur Ersatzvornahme auf Kosten des Auftragnehmers berechtigt. Die Rechte des Auftraggebers aus § 11 dieses Vertrages bleiben unberührt.

- (3) In Einzelfällen (Gefahr im Verzug) kann der Auftraggeber Anordnungen gegenüber den Bediensteten des Auftragnehmers treffen.
- (4) Entstehen dem Auftraggeber durch die nicht vertrags- oder ordnungsgemäße Leistungserbringung des Auftragnehmers Mehrkosten, ist der Auftraggeber berechtigt, diese mit dem zu zahlenden Entgelt zu verrechnen.
- (5) Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.

§ 6

Behandlungsanlage

- (1) Die Behandlung der Abfälle erfolgt an der im Angebot des Auftragnehmers benannten Behandlungsanlage.
- (2) Ein dauerhafter Wechsel der Anlage gemäß Abs. 1 ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers möglich. Die Anlage muss im Vergleich zur bisherigen technisch gleichwertig sein. Die Zustimmung kann nur aus wichtigem Grund verweigert werden.
- (3) Sollte ein ggf. vorgesehener längerfristiger Wechsel der Behandlungsanlage gemäß Abs. 1 zu einem höheren Transportaufwand (Strecke)/Wertungszuschlag führen als nach dem Angebot des Auftragnehmers notwendig war, hat der Auftragnehmer den Wertungszuschlag von 0,075 EUR pro Tonnenkilometer (in Bezug auf das Zuschlagskriterium 3) für den erhöhten Transportaufwand tatsächlich an den Auftraggeber zu entrichten bzw. kann dieser Betrag vom Auftraggeber von der Rechnungssumme in Abzug gebracht werden.
- (4) Die Regelung nach Abs. 3 findet keine Anwendung, wenn zwingende Gründe für einen Wechsel der jeweiligen Anlage aufgrund höherer Gewalt vorliegen, soweit der Auftragnehmer dies nicht zu vertreten hat.

§ 7

Entgelt

(1) Für sämtliche vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen und zu erfüllenden Haupt- und Nebenpflichten erhält der Auftragnehmer vom Auftraggeber ein von der tatsächlich erbrachten Leistung abhängiges Entgelt gemäß dem Angebot des Auftragnehmers. Die Abrechnung der Leistungen erfolgt in Euro. Die zu zahlenden Entgelte werden jeweils wie folgt bestimmt:

Containergestellung

Die Abrechnung erfolgt als Einheitspreis (EUR je Container und Monat) auf Grundlage der im Abrechnungsmonat tatsächlich gestellten Anzahl von Containern.

Containertransporte

Die Abrechnung erfolgt als Einheitspreis (EUR je Containertransport) auf Grundlage der im Abrechnungsmonat tatsächlich durchgeführten Abholvorgänge (Containereinzelfrachten).

Übernahme und Transport des Sperrmülls an der Übernahmestelle des Auftragnehmers

Die Abrechnung erfolgt als Einheitspreis (EUR je Mg) auf Grundlage der im Abrechnungsmonat insgesamt tatsächlich übernommenen, umgeschlagenen und transportierten Tonnage. Maßgeblich ist hierbei für kommunale Anlieferungen das festgestellte und dokumentierte Eingangsgewicht an der Übernahmestelle des Auftragnehmers, bei den Containertransporten die Ausgangsverwiegung an den Kleinanlieferplätzen.

Behandlung/Entsorgung des Sperrmülls

Die Abrechnung erfolgt als Einheitspreis (EUR je Mg) auf Grundlage der im Abrechnungsmonat insgesamt tatsächlich übernommenen und entsorgten Tonnage. Maßgeblich ist hierbei für kommunale Anlieferungen das festgestellte und dokumentierte Eingangsgewicht an der Übernahmestelle des Auftragnehmers, bei den Containertransporten die Ausgangsverwiegung an den Kleinanlieferplätzen.

(2) Der Auftragnehmer hat bei der Kalkulation seiner Entgelte im Fall der Nutzung von Straßen die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen bzw. zu diesem Zeitpunkt bereits allgemein bekannten Gebührensätze gemäß Bundesfernstraßenmautgesetz (BFStrMG) berücksichtigt.

(3) Alle Entgelte verstehen sich zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Die jeweils aktuellen umsatzsteuerlichen Regelungen sind zu beachten.

(4) Übersteigt der Preis für Emissionszertifikate nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) oder der Preis für Treibhausgas-Emissionszertifikate nach dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) in der jeweils geltenden Fassung, die für die vom Auftragnehmer genutzte/-n Anlage/-n erworben werden müssen, den in der Angebotskalkulation zugrunde zu legenden Preis von 65,00 EUR pro Emissionszertifikat, trägt der Auftraggeber die dem Auftragnehmer dadurch entstehenden Mehrkosten der Entsorgung der Abfälle in der nachgewiesenen Höhe. Auf Verlangen des Auftraggebers ist die diesem Vertrag als Anlage beigefügte Kalkulation als Grundlage für die Geltendmachung der Mehrkosten zu öffnen. Analog gilt dies auch für mögliche Minderkosten z. B. im Falle reduzierter Emissionszertifikatspreise. Die Mehr- und Minderkosten sind vom Auftragnehmer in geeigneter Weise darzulegen und nachzuweisen.

(5) Derzeit ist eine Musterklage gegen die Einbeziehung der Abfallwirtschaft in den nationalen Zertifikatehandel nach dem BEHG anhängig. Wird die Einbeziehung der Abfallwirtschaft in den nationalen Zertifikatehandel nach dem Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (BEHG) vor Leistungsbeginn oder rückwirkend zum 01.01.2027 aufgehoben oder wird das BEHG vor Leistungsbeginn (01.01.2027) oder rückwirkend zum 01.01.2027 so geändert, dass geringere Kosten für den Erwerb von Emissionszertifikaten für Brennstoffe nach § 2 Abs. 2a BEHG entstehen, werden die Entgelte entsprechend reduziert.

§ 8

Zahlung/Rechnungslegung

(1) Der Auftragnehmer hat die Rechnung monatlich in zweifacher Ausfertigung unter Angabe der Bestellnummer auf der Grundlage der tatsächlich erbrachten Leistungen und für jede Einzelleistung getrennt zu stellen. Die Rechnungen sind auf Wunsch des Auftraggebers auch oder ersatzweise elektronisch zu stellen.

- (2) Die Rechnungen sind innerhalb von 28 Tagen nach Erhalt der prüffähigen Rechnung (inkl. Wiegebelege und aller weiteren abrechnungsrelevanten Unterlagen) zu begleichen. Überzahlungen kann der Auftraggeber verrechnen.
- (3) Einwände gegen die Richtigkeit der Rechnung berechtigen nicht zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung der unstrittigen Beträge.
- (4) Streitigkeiten über die zu zahlenden Entgelte berechtigen nicht zur Einstellung der vertraglich zu erbringenden Leistungen.

§ 9

Entgeltanpassung

- (1) Jede Vertragspartei kann für das nachfolgende Kalenderjahr – erstmals zum 01.01.2028 und zu jedem 01.01. der Folgejahre – eine Anpassung der vereinbarten Entgelte für die Transportleistungen (Containertransport und Transport von der Übernahmestelle zur Behandlungsanlage) gemäß der nachstehenden Entgeltanpassungsformel verlangen, sofern die Bedingungen des Abs. 2 Satz 1 bis 3 erfüllt sind.

$$\text{Entgelt}_{\text{neu}} = \text{Entgelt}_{\text{alt}} \times (0,30 \times P_{\text{neu}}/P_{\text{alt}} + 0,20 \times D_{\text{neu}}/D_{\text{alt}} + 0,10 \times L_{\text{neu}}/L_{\text{alt}} + 0,40)$$

Kurzlegende*:

P = Personalkosten

D = Dieselmotorkraftstoff, Abgabe an Großverbraucher

L = LKW mit Kolbenverbrennungsmotor, mit Selbstzündung

Info: Der Fixkostenanteil beträgt 0,40 (nicht anpassbar).

*** Einzelheiten zu den Kostengruppen sind im folgenden Abs. 2 ausführlich erläutert.**

Die Entgelte für die Containergestellung und die Behandlung/Entsorgung der Abfälle unterliegen keiner indexbasierten Entgeltanpassung.

- (2) Grundlage für die Anpassung des jeweiligen Entgeltes nach Abs. 1 ist die prozentuale Differenz zwischen den Vergütungssätzen für Juni (Kostengruppe P) bzw. den Indizes vom Mai (Kostengruppen D und L) des laufenden Jahres („neu“) und den Vergütungssätzen für Juni (Kostengruppe P) bzw. den Indizes vom Mai (Kostengruppen D und L) des Jahres, in dem die letzte Entgeltanpassung vertragsgemäß beantragt und durchgeführt wurde („alt“), bzw. bei der erstmaligen

Entgeltanpassung mit den am 1. Juni 2026 geltenden Vergütungssätze (Kostengruppe P) bzw. mit den Indizes vom Mai 2026 (Kostengruppen D und L), sofern noch keine Entgeltanpassung durchgeführt wurde.

Ein Entgeltanpassungsanspruch besteht nur, soweit die Änderung seit der letzten Anpassung bzw. vor der ersten Anpassung (seit Vertragsschluss) ohne Aufrundung $> 2 \%$ beträgt.

Die Anpassung der Entgelte für das nächste Kalenderjahr ist beim Vertragspartner bis zum 31. August des laufenden Jahres schriftlich mit prüffähigen Berechnungsgrundlagen geltend zu machen. Die neuen Entgelte gelten ab Beginn des Kalenderjahres, das auf das Jahr der schriftlichen und fristgemäßen Antragstellung der Entgeltänderung folgt.

Maßgebend für alle Veränderungen der Kostengruppe P sind die Vergütungssätze je Monat des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVöD), Dienstleistungsbereich Entsorgung für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Vergütungsgruppe 5, Stufe 1, Grundentgelt. Sonstige personalbezogene Aufwendungen (z. B. Urlaubsgeld, Einmalzahlung – auch aufgrund von ausgebliebenen Tarifierhöhungen –, Jahressonderzahlungen, vermögenswirksame Leistungen, tarifliche Arbeitszeitvereinbarungen u. Ä.) bleiben bei der Ermittlung der Kostengruppe P unberücksichtigt. Aus Veränderungen sonstiger personalbezogener Aufwendungen kann somit keine Entgeltanpassung verlangt werden. Ausgangsbasis für die erstmalige Entgeltanpassung sind die am 1. Juni 2026 geltenden Vergütungssätze.

Maßgebend für alle Veränderungen der Kostengruppe D ist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, (derzeit) lfd. Nr. GP19-1920260052 (ausgewählte 9-Steller), „Dieselkraftstoff, Abgabe an Großverbraucher“, gültig für Deutschland, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt in der GENESIS-Online-Datenbank, (derzeit) als Tabelle 61241-0004. Ausgangsbasis für die erstmalige Entgeltanpassung ist die Indexzahl von Mai 2026.

Maßgebend für alle Veränderungen der Kostengruppe L ist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, (derzeit) lfd. Nr. GP19-2910411001 (ausgewählte 9-Steller), „Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor, mit Selbstzündung“, gültig für Deutschland, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt in der GENESIS-Online-Datenbank, (derzeit) als Tabelle 61241-0004. Ausgangsbasis für die erstmalige Entgeltanpassung ist die Indexzahl von Mai 2026.

Bei der Ermittlung der neuen Einzelentgelte anhand der Entgeltanpassungsformel gelten die kaufmännischen Rundungsregeln. Die neuen Einzelentgelte sind centgenau (auf zwei Nachkommastellen) zu ermitteln. Bei Zwischenergebnissen wird nicht gerundet.

(3) Der Auftraggeber geht davon aus, dass die Entgeltanpassungsformel nach Abs. 1 genehmigungsfrei ist.

(4) Sollten nach Ablauf der Angebotsfrist gesetzliche Vorschriften eingeführt, abgeschafft oder geändert werden, welche die Leistungen dieses Vertrages zum Gegenstand haben, kann jeder Vertragspartner Verhandlungen über eine angemessene Anpassung der festgelegten Entgelte (gem. § 7) verlangen. Mit dem Verlangen hat der die Entgeltanpassung verlangende Vertragspartner darzulegen, zu welchen Mehrkosten oder Kosteneinsparungen die Rechtsänderung bei den Leistungen nach diesem Vertrag führen. Die Einführung, Änderung oder Abschaffung von Steuern von Einkommen und Ertrag, wie z. B. Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragssteuer sowie die CO₂-Steuer auf Kraftstoffe gem. BEHG/TEHG, berechtigen jeweils zu keiner Entgeltanpassung. Ebenso berechtigt die bei Angebotsabgabe geltende bzw. bereits bekannte Straßenmaut nach BFStrMG gemäß § 7 Abs. 2 zu keiner Entgeltanpassung.

(5) Die Kalkulation des Auftragnehmers wird Anlage zu diesem Vertrag. Sie bildet die Kalkulationsbasis bei künftigen Leistungsänderungen, um das bei Vertragsabschluss vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung wiederherzustellen.

(6) Bei einer Entgeltanpassung gemäß Abs. 4 und 5 sind die Vorschriften über Preise bei öffentlichen Aufträgen zu beachten.

§ 10

Haftung

(1) Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen und stellt den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter, einschließlich etwaiger Prozess- und Anwaltskosten, frei. Er verpflichtet sich, die zur Abdeckung seiner vertraglichen und gesetzlichen Haftung erforderliche/-n Versiche-

rung/-en für Personen-, Vermögens- und Sachschäden abzuschließen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Der Auftragnehmer hat den Fortbestand der Versicherung auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen.

(2) Der Auftraggeber ist über Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

(3) Die Deckungssumme der Betriebshaftpflichtversicherung gegen Personen- und Sachschäden muss zum Leistungsbeginn mindestens 2,0 Mio. EUR je Schadensfall betragen sowie für mindestens zwei Schadensfälle pro Jahr Gültigkeit haben. Diese Deckungssumme wird der Auftragnehmer auch bei eventuell eingeschalteten Unterauftragnehmern/Erfüllungsgehilfen verlangen. Der Abschluss der Betriebshaftpflichtversicherung durch den Unterauftragnehmer/Erfüllungsgehilfen schränkt die Haftung des Auftragnehmers nicht ein. Der Auftraggeber kann Zahlungen im Sinne von § 7 f. vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

(4) Der Auftragnehmer haftet nicht für höhere Gewalt.

§ 11

Vertragsstrafen

(1) Für die im Folgenden vereinbarten Vertragsstrafen gelten die §§ 339 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben.

(2) Die Vertragsstrafen haben den Zweck, die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag zu sichern. Das Recht des Auftraggebers, Schadensersatz zu fordern oder den Vertrag zu kündigen, wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(3) Erfüllt der Auftragnehmer die nachfolgend bezeichneten Pflichten aus dem Vertrag schuldhaft nicht ordnungsgemäß oder erfüllt er sie nicht, so hat der Auftraggeber nach einmaliger schriftlicher Abmahnung neben der Erfüllung Anspruch auf eine Vertragsstrafe in Höhe von 300 EUR

je Vorgang bzw. 200 EUR je Tag. Vertragsstrafen sind insbesondere im Falle der nicht ordnungsgemäßen oder der Nichterfüllung insbesondere folgender Vertragspflichten zu entrichten:

300 EUR je Vorgang bei:

- Verletzung der Pflicht zur Duldung der Aufsicht und Kontrolle
- Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Übernahme und Verwiegung der Abfälle
- Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Dokumentation der Leistungserbringung

200 EUR je Tag bei:

- Wechsel der Übernahmestelle/Behandlungsanlage ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers
- Verletzung der Pflicht zur vertragsgemäßen Entsorgung der Abfälle
- Verletzung der Pflicht zur kontinuierlichen Übernahme der Abfälle
- Verletzung der Pflicht zur Schaffung, zum Nachweis sowie zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden Versicherungsschutzes und der damit verbundenen Mitteilungspflicht
- Verletzung der Pflicht zur fristgemäßen Benennung einer bevollmächtigten Person
- Beauftragung von Unterauftragnehmern ohne Genehmigung des Auftraggebers oder trotz Untersagung
- Verstoß gegen Vorgaben zur technischen Fahrzeugausstattung (EURO-Norm)
- Verletzung der Pflicht zur fristgemäßen Vorlage einer Zertifizierung gemäß § 3 Abs. 5
- Verletzung der in § 2 Abs. 1 bis 4 des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) genannten Pflichten

(4) Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur erstmaligen Übernahme und Entsorgung der Abfälle ab dem 01.01.2027 nicht nach, beträgt die Vertragsstrafe nach einmaliger Abmahnung 10.000 EUR. Die Vertragsstrafe wegen der Verletzung der Pflicht zur erstmaligen Übernahme des Abfalls geht den in Abs. 3 geregelten Vertragsstrafen als speziellere Vorschrift vor.

(5) Die Geltendmachung der Vertragsstrafe hat schriftlich und unter Begründung der Höhe der Vertragsstrafe zu erfolgen. Der Höchstbetrag aller Vertragsstrafen wird mit 5 % der Netto-Gesamtauftragssumme festgelegt. Vertragsstrafen können vom Auftraggeber von dem zu zahlenden Entgelt in Abzug gebracht werden.

- (6) Weitergehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unter Anrechnung der Vertragsstrafe durch das Vertragsstrafenverfahren unberührt.

§ 12

Behinderung und Unterbrechung der Leistung

- (1) Soweit und solange ein Vertragspartner durch Umstände oder Ereignisse, deren Verhinderung nicht in seiner Einflussosphäre liegt, wie z. B. Krieg, Natur- oder Brandkatastrophen sowie Streik und rechtlich zulässige Aussperrungen etc. an der Vertragserfüllung gehindert ist, ruhen seine Verpflichtungen. Ausgenommen hiervon sind Schutz-, Sorgfalts-, Mitteilungs-, Aufklärungs-, Sicherungs- und Verschwiegenheitspflichten der Vertragspartner.
- (2) Die Vertragspartner werden sich bemühen, etwaige Störungen oder Unterbrechungen unverzüglich zu beheben. Die Vertragspartner haben sich über Fälle höherer Gewalt unverzüglich schriftlich zu unterrichten.

§ 13

Beauftragung von Unterauftragnehmern

- (1) Die Beauftragung von Unterauftragnehmern ist zulässig. Der Auftragnehmer hat spätestens sechs Wochen vor dem geplanten Einsatz die Unterbeauftragung unter Benennung des Unterauftragnehmers schriftlich beim Auftraggeber zu beantragen. Diesem Antrag sind geeignete Nachweise zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Unterauftragnehmers (gemäß den Anforderungen des Vergabeverfahrens von Mai 2026) sowie zum Nichtvorliegen zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgründe gemäß §§ 123 f. GWB beizufügen. Der Auftraggeber kann einen Unterauftragnehmer bei mangelnder technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit oder Vorliegen zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgründe innerhalb von zehn Werktagen nach Eingang des Antrags ablehnen.
- (2) Eine Änderung der Unterbeauftragung ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers möglich. Die Zustimmung darf von Seiten des Auftraggebers nur aus wichtigem Grund

verweigert werden. Ein wichtiger Grund ist insbesondere eine nicht ausreichende technische und berufliche Leistungsfähigkeit oder das Vorliegen zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgründe.

(3) Für Schäden Dritter, welche die Unterauftragnehmer im Zuge ihrer Leistungserbringung verursachen, haftet der Auftragnehmer.

§ 14

Überwachung

(1) Der Auftraggeber ist berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Aufgaben zu überwachen oder überwachen zu lassen und notwendige Anordnungen im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zu treffen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Verlangen alle zum Nachweis der ordnungsgemäßen Vertragserfüllung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(2) Die von den Vertragsparteien einander überlassenen Unterlagen dürfen ohne Zustimmung des Vertragspartners weder veröffentlicht, vervielfältigt noch für einen anderen als den vereinbarten Zweck genutzt werden.

§ 15

Vertragsdauer/Leistungsdauer

(1) Der Vertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft und endet mit Ablauf des 31.12.2029. Der Vertrag verlängert sich einmal um ein weiteres Jahr (bis zum 31.12.2030), wenn er nicht bis zum 31.12.2028 vom Auftraggeber gekündigt wird (Verlängerungsoption).

(2) Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Leistungserbringung nach Maßgabe dieses Vertrages, inklusive aller damit verbundenen weiteren Leistungen, beginnt am 01.01.2027 und endet bei Vertragsende.

(3) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 16

Änderungskündigung

- (1) Ändern sich die einschlägigen abfallrechtlichen Bestimmungen oder die Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg und ist deshalb eine Änderung des Leistungsumfanges notwendig, sind beide Vertragspartner verpflichtet, notwendige Änderung im Rahmen der vergaberechtlich zulässigen Grenzen zu vereinbaren.
- (2) Kommt eine Einigung innerhalb von sechs Monaten, nachdem der Auftraggeber eine Anpassung verlangt hat, nicht zustande, ist er berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch eingeschriebenen Brief zu kündigen.
- (3) Der Auftraggeber weist den Auftragnehmer frühzeitig auf geplante Änderungen gemäß Abs. 1 hin.

§ 17

Außerordentliche Kündigung

- (1) Der Auftraggeber ist zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn
 - a) die Frist für die Aufnahme der Leistung um mehr als fünf Werktage überschritten wird,
 - b) der Auftragnehmer die Leistungen ganz oder teilweise einstellt und der Auftraggeber erfolglos eine angemessene Frist zur Erfüllung gesetzt hat,
 - c) der Auftragnehmer sonstige wesentliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht erfüllt und den vertragswidrigen Zustand nicht innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten Frist beendet,
 - d) der Auftragnehmer den Insolvenzantrag stellt, über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird.
 - e) der Auftragnehmer die in § 2 Abs. 1 bis 4 des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen genannten Pflichten verletzt.

- (2) Die Kündigung muss innerhalb von drei Monaten, nachdem der Auftraggeber vom Eintritt des zur Kündigung berechtigenden Ereignisses Kenntnis erhalten hat, schriftlich erklärt werden. Für die Einhaltung der Frist ist der Zugang beim Empfänger maßgebend.
- (3) Wird der Vertrag aus Gründen außerordentlich gekündigt, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, sind jegliche Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber ausgeschlossen.
- (4) Hat der Auftragnehmer den Grund der außerordentlichen Kündigung zu vertreten, hat er die nachgewiesenen Mehrkosten sowie den vom Auftraggeber nachgewiesenen weiteren Schaden, der diesem durch die Kündigung entsteht, zu tragen. Dazu gehören auch die Kosten, die vom Auftraggeber durch eine erforderliche erneute Vergabe entstehen.
- (5) Der Auftraggeber kann auch dann vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur Verwaltung des Auftraggebers, Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den genannten Personen des Auftraggebers unmittelbar oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, Versprochen oder gewährt werden.
- (6) Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt, sofern nicht § 17 Abs. 3 dieses Vertrages anderes bestimmt.

§ 18

Folgen der Vertragsbeendigung

Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der Auftragnehmer alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu unternehmen, damit dem Auftraggeber oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird.

§ 19

Informationspflicht

Wird der Auftragnehmer mehrheitsanteilig oder ganz veräußert oder übertragen, so ist der Auftraggeber unter Angabe des geplanten neuen Eigentümers und des Übernahmezeitpunktes schriftlich darüber zu informieren.

§ 20

Salvatorische Klausel

(1) Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages und/oder der im Vertrag in Bezug genommenen Unterlagen als unwirksam oder undurchführbar erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages nicht berührt. Die Vertragspartner werden in diesem Fall die ungültige/n oder unwirksame/n Bestimmung/en durch eine Neuregelung ersetzen, die dem gewollten Zweck entspricht und von Beginn der Unwirksamkeit an gilt.

(2) Sollte in diesem Vertrag ein regelungsbedürftiger Punkt versehentlich nicht geregelt worden sein, werden die Vertragspartner die so entstandene Lücke im Sinne und Geiste dieses Vertrages schließen.

§ 21

Schlussbestimmungen

(1) Änderungen, Ergänzungen sowie die Aufhebung dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Auch die Aufhebung des Schriftformerfordernisses bedarf der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht bindend.

(2) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität gelten. Sie werden insbesondere alle Handlungen unterlassen, die das Erreichen des Vertragszweckes, gleich in welcher Form, gefährden. Sie sichern sich gegenseitig zu, den Vertrag in diesem Sinne auszufüllen und dabei sowie bei eventuell künftigen Änderungen der Verhältnisse den allgemeinen Grundsätzen von Freu und Glauben Rechnung zu tragen.

(3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des zustande gekommenen Vertrags und aus dem Vertragsverhältnis ist ausschließlich das für den Sitz des Auftraggebers zuständige Gericht. Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht.

4 Anlagen

- A Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg
- B Abfallmengen
- C Erklärung zum Nachweis der Anlagenverfügbarkeit der vorgesehenen
Übernahmestelle und der vorgesehenen Behandlungsanlage sowie der
gegebenenfalls vorgesehenen MVA/Deponie (Mustertexte)

A Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg

Die aktuelle Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg kann im Internet wie folgt eingesehen werden:

www.kreis-heinsberg.de

> Verwaltung

> Rechtssammlung

> Downloads

> Umwelt, Freizeit & Tiere

> Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg 2022

B Abfallmengen

Anfall von (Rest-)Sperrmüll aus dem Holsystem im Kreis Heinsberg

2023: ca. 3.630 Mg

2024: ca. 4.437 Mg

2025: ca. 4.255 Mg

An den Kleinanlieferplätzen angelieferte (Rest-)Sperrmüllmengen

Gangelt-Hahnbusch: 2023: ca. 38 Mg

2024: ca. 49 Mg

2025: ca. 38 Mg

Wassenberg-Rothenbach: 2023: ca. 54 Mg

2024: ca. 75 Mg

2025: ca. 60 Mg

C.1 Erklärung zum Nachweis der Anlagenverfügbarkeit der vorgesehenen Übernahmestelle (Mustertext)

Erklärung zur Anlagenverfügbarkeit

(Mustertext zur Vorgabe der Mindestinhalte)

Hiermit bestätigt,
(*Firmenname des Betreibers der vorgesehenen Übernahmestelle*)

dass
(*Name des Bieters*)

berechtigt ist, die ihm/ihr von den Kommunen im Kreis Heinsberg ab dem 01.01.2027 bis maximal zum 31.12.2030 übergebenen (Rest-)Sperrmüll in einer Menge von

3.500 Mg/a bis 4.800 Mg/a

an der
(*Name und Adresse des Standortes der vorgesehenen Übernahmestelle*)

anzuliefern und durch
(*Firmenname des Betreibers der Übernahmestelle*)

umschlagen zu lassen.

.....
(*Ort, Datum, Unterschrift, Firmenstempel des Betreibers der Übernahmestelle*)

Hinweis der ausschreibenden Stelle:

Durch den Nutzungsnachweis ist vom Bieter darzulegen, dass dieser tatsächlich berechtigt ist, die genannte Übernahmestelle im genannten Zeitraum sowie in der genannten Mengenskapazität zu nutzen. Soweit der Bieter selbst Eigentümer/Betreiber der vorgesehenen Übernahmestelle ist, reicht eine entsprechende Eigenerklärung in den Angebotsunterlagen aus.

ACHTUNG:

Dies ist ein Mustertext zu notwendigen Mindestinhalten. Der Text kann nicht ohne Prüfung sowie ggf. angebotsspezifische Anpassungen übernommen werden.

C.2 Erklärung zum Nachweis der Anlagenverfügbarkeit der vorgesehenen Behandlungsanlage (Mustertext)

Erklärung zur Anlagenverfügbarkeit

(Mustertext zur Vorgabe der Mindestinhalte)

Hiermit bestätigt,
(*Firmenname des Anlagenbetreibers der vorgesehenen Anlage*)

dass
(*Name des Bieters*)

berechtigt ist, die ihm/ihr vom Kreis Heinsberg ab dem 01.01.2027 bis maximal zum 31.12.2030 übergebenen (Rest-)Sperrmüll in einer Menge von

3.500 Mg/a bis 4.800 Mg/a

an der
(*Name und Adresse des Standortes der vorgesehenen Anlage*)

anzuliefern und durch
(*Firmenname des Anlagenbetreibers*)

behandeln zu lassen.

.....
(*Ort, Datum, Unterschrift, Firmenstempel des Anlagenbetreibers*)

Hinweis der ausschreibenden Stelle:

Durch den Nutzungsnachweis ist vom Bieter darzulegen, dass dieser tatsächlich berechtigt ist, die genannte Anlage im genannten Zeitraum sowie in der genannten Mengenskapazität zu nutzen. Soweit der Bieter selbst Eigentümer/Betreiber der vorgesehenen Anlage ist, reicht eine entsprechende Eigenerklärung in den Angebotsunterlagen aus.

ACHTUNG:

Dies ist ein Mustertext zu notwendigen Mindestinhalten. Der Text kann nicht ohne Prüfung sowie ggf. angebotsspezifische Anpassungen übernommen werden.

C.3 Erklärung zum Nachweis der Verfügbarkeit der gegebenenfalls vorgesehenen MVA/Deponie (Mustertext)

Erklärung zur Anlagen-/Deponieverfügbarkeit

(Mustertext zur Vorgabe der Mindestinhalte)

Hiermit bestätigt
(*Firmenname des Anlagen-/Deponiebetreibers der vorgesehenen Anlage/Deponie*)

dass
(*Name des Bieters*)

berechtigt ist, die bei der Behandlung des vom Kreis Heinsberg ab dem 01.01.2027 bis maximal zum 31.12.2030 übergebenen (Rest-)Sperrmülls anfallenden Outputströme zur Beseitigung in einer Menge von

..... Mg/a bis Mg/a

an der
(*Name und Adresse der vorgesehenen Anlage/Deponie*)

anzuliefern und durch
(*Firmenname des Anlagen-/Deponiebetreibers*)

entsorgen zu lassen.

.....
(*Ort, Datum, Unterschrift, Firmenstempel des Anlagen-/Deponiebetreibers*)

Hinweis der ausschreibenden Stelle:

Der Nutzungsnachweis ist nur vorzulegen soweit der Bieter eine Entsorgung von Outputströmen in einer MVA/Deponie vorsieht.

Durch den Nutzungsnachweise ist vom Bieter darzulegen, dass dieser tatsächlich berechtigt ist, die genannte Anlage/Deponie im genannten Zeitraum sowie in der genannten Mengenkapazität zu nutzen. Soweit der Bieter selbst Eigentümer/Betreiber der vorgesehenen Anlage/Deponie ist, reicht eine entsprechende Eigenerklärung in den Angebotsunterlagen aus.

ACHTUNG:

Dies ist ein Mustertext zu notwendigen Mindestinhalten. Der Text kann nicht ohne Prüfung sowie ggf. angebotsspezifische Anpassungen übernommen werden.